

Sehr geehrter Herr Gabriel,

20.10.2015

bevor ich den Grund meines Schreibens nenne, hier per eMail, gestatten Sie bitte, mich Ihnen kurz vorzustellen:

Mein Name (nach juristischer Verlautbarung) lautet auf Dr. Werner H. Ratnikow, 68 J.. Als Fachjournalist für Staats- und Völkerrecht, Mitglied im bdfj (Bundesvereinigung der Fachjournalisten e. V.), befasse ich mich schwerpunktmäßig mit geschichtsbezogenen Ereignissen und Abläufen unseres Landes, hauptsächlich im Sinne des Rechts, weniger, soweit es sich ausgrenzen lässt, mit den politischen Ekstasen, welches jedoch nicht bedeutet, ich hätte keinen eigene politische Meinung.

Im Staats- und Völkerrecht sind jedoch politische, rassische und religiöse Induktionen wenig angebracht, da diese i. d. R. stets dazu führen, die realistische Basis des Rechts zu verlassen. In den meisten Fällen führt das dann immer wieder zu Eskalationen, welche aktuell zurzeit unser Land und nicht nur insgesamt Europa belasten, sondern auch weltweit zu Abläufen führt, deren Endstadium nicht abzusehen ist, eher nur in Vermutungen endet.

Abgesehen davon, dass ich mich seit weit über 45 Jahren mit Bürgerrechtsbewegungen befasse, halte ich zusätzlich meine Mitgliedschaft in den v§v als Verwaltungsrat, das sind die Vereinigten Selbstverwaltungen, und Direktor der Körperschaft FIS (Forschungsinstitut für Staatsrecht e. V.) in aktueller Beteiligung.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Beide genannten Institutionen sind Einrichtungen auf der völligen juristischen Basis, also völlig neutral und weder konfessionell, politisch oder rassistisch ausgerichtet.

Und nun nenne ich Ihnen den Grund meines Schreibens an Sie:

Die aktuellen Bewegungen des immensen Flüchtlingzustroms sind dem Umstand nach ja kein Novum, allerdings in Bezug auf die quantitative Erscheinung hin schon.

Lange Zeit habe ich zunächst kommentarlos diese Erscheinung beobachtet und vertrete nunmehr die Meinung, dass der Zeitpunkt dafür gekommen ist, deutliche Worte verlauten zu lassen.

Es war mir bereits vor einiger Zeit ein Bedürfnis Herrn Steinmeier einen Offenen Brief zu schreiben. Dazu war mir klar, dass es keine Antwort dazu geben wird, denn wer dem Volk vorzuschreiben versucht wie es sich zu artikulieren hat, geht in seiner eigenen Arroganz unter.

Es wird daher mehr und mehr auffällig, wie die Arroganz in den Kreisen der Politiker wächst. Diese Arroganz artet teilweise in eine Art von Selbstherrlichkeit aus, die einfach nicht mehr zu ertragen ist.

Grundsätzlich muss ich nicht beteuern, dass Menschen, die in Not sind und den Anspruch auf Hilfe haben, und hier meine ich den Rechtsanspruch auf Hilfe, nicht die moralisch-ethische Variante, jeder Art der Hilfe erhalten sollen, die Ihnen zusteht.

Das ist eine Verpflichtung aus den Regeln des Völkerrechts, der Menschenrechte und Abkommen, welche eine Diskussion überflüssig macht, denn Offenkundigkeiten sind nicht mehr diskutierbar.

Mit Entsetzen muss ich jedoch feststellen, dass Sie sich in eine Position begeben haben, welche nach meiner Meinung genauso verabscheuungswürdig ist wie Morddrohungen gegen Politiker, Demonstrationen mit Galgen oder weiteren Ausfällungen, die ebenfalls als unter aller Würde zu bezeichnen sind.

Doch eine Variante scheinen Sie und Ihre politischen Kollegen einfach nicht verstanden zu haben: Frau Merkel hat den Bogen des Zumutbaren für ein deutsches Volk mehr als überspannt, indem sie sogenannte Flüchtlinge aus aller Welt aufforderte, in unser Land zu strömen.

Dabei ist es nicht mehr diskutierbar, zu meinen, es handle sich allseits um politische Flüchtlinge, also jene Flüchtlinge, die in ihrem eigenen Heimatland politisch verfolgt werden und ein Anrecht auf Asyl besitzen.

Vielmehr handelt es sich um sogenannte Flüchtlinge, die zu gut 98 % keinerlei Aussicht auf den Verbleib in einem anderen Land haben, da sie aus schlichtweg rein wirtschaftlichen Interessen unser Land aufsuchen.

Und nun sehen Sie mir bitte nach, wenn ich deutlicher werde: Am 27. Februar 2010 tätigten Sie in der Westfalenhalle Dortmund, in welcher die Veranstaltung des Landesparteitages der SPD NRW stattfand, wörtlich folgende Aussage: **"Jeder Bürger, egal wie viel er verdient und wie es ihm geht, der kann mit uns reden."**

Herr Gabriel, welchen Bezug haben Sie eigentlich zu den Bürgern unseres Landes und was haben Sie denn für unser Land geleistet?

Wie man nachlesen kann, sind Sie von Haus aus Inhaber eines Studienlehrgangs für das Lehramt an Gymnasien (Deutsch, Gemeinschaftskunde). Von 1981 bis 1990 sollen sie Dozent in der Erwachsenenbildung gewesen sein. Da Sie jedoch Ihr zweites Staatsexamen für das Lehramt erst 1989 absolviert haben, können Sie wohl kaum eine Arbeit vorweisen, die eine Einträglichkeit für die Wirtschaft unseres Landes verzeichnen kann.

Da denke ich doch einmal, dass ein Handwerker mehr für unser Land leistet als Sie es jemals getan haben.

Wäre es demnach nicht besser gewesen, sich der Aufgabe zu widmen, jungen Menschen als Lehrer das Wissen zu vermitteln, welches heute mehr und mehr auf der Strecke bleibt? Damit meine ich z. B., dass selbst Abiturienten so gut wie gar nichts an geschichtlichem Hintergrund bzgl. unseres Landes besitzen. In den Schulen wird im Geschichtsunterricht vermittelt, Adolf Hitler sei ein schlimmer Diktator gewesen, der für Millionen Menschenleben verantwortlich war, und das war es dann auch wohl.

Und Sie sagten wörtlich am 27. Februar 2010 ebenfalls in Dortmund:

„Wir haben gar keine Bundesregierung. Wir haben Frau Merkel..ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland. Das ist, das ist das, was sie ist.“

Wenn Sie Kritik an der Pegida offerieren, mag diese zum Teil ihre Berechtigung haben, das will ich gar nicht in Abrede stellen. Doch wenn Sie sagen, die Pegida ist eine rechtspopulistische und in Teilen offen rechtsradikale Empörungsbewegung geworden, sollten sie doch bitte den Mut besitzen zu erklären, wer dafür verantwortlich ist!

Herr Gabriel, das sind nicht die Rechtsradikalen, wie Sie meinen, das sind Sie und Ihre politischen Mitstreiter, sei es in Berlin oder sonst wo!

Wo leben Sie denn eigentlich, wenn Sie nicht erkennen wollen, dass eine Pegida nur deshalb entstanden ist, weil Sie und Ihre politischen Genossen Fehler über Fehler machen, die letztendlich in unserem Land dazu führen können, die nichtgewollten Verhältnisse zu erleben, die mit einer Demokratie nichts mehr gemein haben.

Betrachten wir doch einmal Ihre Aussage bzgl. Frau Merkel, sie sei die Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland.

Dem logischen Schluss nach sind Sie doch dann heute der Stellvertreter dieser Geschäftsführerin der neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland, oder?

Sie haben sogar Recht mit Ihrer Aussage, denn die Bundesrepublik Deutschland ist eine Nichtregierungsorganisation und kein souveräner Staat, wie man dem Volk weiszumachen versucht. Und wenn das nicht deutlich sein sollte, kontaktieren sie dazu doch bitte Herrn Schäuble, der wird Ihnen dann erklären, warum die Bundesrepublik Deutschland seit 1945 niemals souverän war, wie er ja öffentlich selbst den Bänkern erklärte.

Erklären Sie es doch dann bitte mal Ihren Kindern, die Sie dann irgendwann einmal fragen könnten, wie es denn kommen kann, dass in Zukunft der Anteil der deutschen Bevölkerung nur noch einen Bruchteil der Bürger unseres Landes ausmacht!

Als Politiker werden Sie daran gemessen, was Sie sagen und wie sich das Ergebnis Ihres Handelns daraufhin zeigt. Und diese Ergebnisse sind nicht besonders erfreulich.

Warum wird der Presse untersagt, in aller Öffentlichkeit zu zeigen, was nicht nur hierzulande, sondern in ganz Europa im Zuge des Flüchtlingszustromes tatsächlich geschieht? Etwa um die Menschen nicht zu beunruhigen?

Nehmen Sie doch einmal die Berichterstattung aus Italien, dort herrscht ein Chaos ohne Beispiel.

Herr Gabriel, als Lehrer sollten Sie wissen, dass die Unterdrückung von Wahrheiten zum Nachteil eines Volkes immer, und das ist geschichtlich bewiesen, zu einem Eklat führt, zu Ausuferungen, die letztendlich in Gewalt enden und von einem Unrecht in ein anderes Unrecht geraten.

Und ich sage es in Wiederholung: Wenn Sie, Herr Gabriel, sich nicht zeitnah mit Ihren Politikerkollegen darauf besinnen, dass Sie im Sinne des deutschen Volkes zu handeln haben, provozieren Sie einen Bürgeraufstand, den Sie zu verantworten haben – nicht die Pegida! Und noch einmal: Die Pegida ist das Produkt Ihrer politischen Unfähigkeit und der Ihrer politischen Mitstreiter, gleich aus welcher Partei.

Sie kennen doch die Gesetze unseres Landes, oder? Dann handeln Sie auch danach. Sie finden in den Gesetzen die Aussagen zur Definition des Landfriedensbruchs, und darauf haben Sie zu achten.

Unser Land hat Hausrecht, und wer dieses Hausrecht missachtet, hat für die Folgen aufzukommen, so einfach ist das.

Wenn Stimmen die hiesigen Parlamente als „Quasselbuden“ bezeichnen, ist das doch kein Grund sich darüber zu empören – es trifft doch zu. Denken Sie dabei doch nur an Ihren Kollegen Kauder von der CDU, der öffentlich Bundestagsabgeordnete sogar „aussortieren“ wollte, die nicht im Sinne der Partei abstimmen.

Wenn Sie geschichtlich so bewandert sind, Herr Gabriel, wäre die treffende Aussage Bismarcks doch interessant, welche sich auf Parteien bezog. Danach sind Parteien Einrichtungen, die regelmäßig nur substantiellen Schaden für einen Staat anrichten, da sie ausschließlich nur ideologische Interessen verfolgen.

Es wäre auch beachtenswert zu erwähnen, dass die SPD nicht unbedingt fördernd für das Deutsche Volk agierte. Diese Geschichte müssten sie ja kennen.

Und wenn Sie propagieren, jeder Bürger könne mit „uns“ reden, wird das als eine Farce aufgenommen, es nimmt Ihnen einfach niemand ab.

In den vergangenen Jahren konnte ich feststellen, dass sich in den Reihen der Politiker, gleich welcher Partei, mannigfaltige Aggressionen gegenüber den Bürgern entwickeln und Bevormundungen auftreten, die nicht mehr hinzunehmen sind.

Allein die Frage zur Staatsangehörigkeit bewegt Deutsche immer mehr und ist mehr denn je aktuell. Leider kursiert daraufhin immer mehr das sogenannte „Totschlagargument“ in den politischen und verwaltungstechnischen Kreisen, Deutsche als „Reichsbürger“ zu beschimpfen, und das ist eine Beleidigung, kennt man das Reichsbürgergesetz aus der hitlerschen Zeit, oder direkt sofort als „Rechte“ zu bezeichnen und sogar als eine „Art rechtsextremistischer Sekte“ zuzuordnen.

Herr Gabriel, so geht das nicht und so geht man nicht mit Menschen um, zumal es sich um Menschen handelt, die Sie und Ihre politischen Kollegen aus dem Amt nehmen können, dazu hat das Volk das Recht!

Wenn Politiker zum Nachteil des Volkes handeln und das Volk beschimpfen, nur weil seine freie Meinung äußert, müssen Politiker damit rechnen, dass es zum Widerstand kommt, dass ist ein ehernes Gesetz, welches der Aussage „Auf Druck folgt Gegendruck“ folgt.

Sie und Ihre politischen Kollegen können reden wie Sie wollen und was Sie wollen, Sie werden kein Verständnis bei der Bevölkerung finden, wenn Sie zulassen, dass z.

B. religiöse „Abartigkeiten“, wie die des praktizierten Islamischen Glaubens, dem deutschen Volk aufgezwungen wird.

Wer seinen Glauben in unserem Land praktizieren will, der mag das tun, doch sind unsere Gesetze zu beachten, und diese besagen, dass Frauen die gleichen Rechte wie Männer haben, dass Kinder nicht geschlagen werden dürfen u.s.w..

Wer diese Gesetze nicht beachtet und meint, sein Glaube rechtfertigt derartige abartige Handlungen, der mag unserem Land fernbleiben.

Doch, Herr Gabriel, Sie und Ihre politischen Kollegen sprechen von Integration und Demokratie.

Nehmen wir es doch einmal wörtlich: Wenn jemand in meine Wohnung eindringt und sich darin breit macht, verlangt, ich müsse ihn kleiden, beköstigen, einen Teil des Wohnraumes abtreten und für seine Integration sorgen, den werfe ich hinaus, das nennt man Hausrecht.

Und wenn jemand meint, er habe in seinem Land keine Schulbildung genossen, er habe keine Ausbildung, kann nicht einmal lesen und schreiben, und er könne in unser Land kommen und Ansprüche stellen, die ihm nicht zustehen, ja sogar uns seinen Glauben aufzwingen, Geld und Wohnraum beanspruchen, den wir selbst nicht haben, der begeht Landfriedensbruch und kann sofort vor der Landesgrenze wieder umkehren, so einfach ist das.

Wer dumm herumredet, wie viele Politiker, man müsse die Flüchtlinge ausbilden, ihnen Wohnungen bauen, eine Zukunft garantieren, der vergisst, dass viele Rentner, Deutsche, am Rande des Existenzminimums herumvegetieren, zurzeit sollen es etwa 22 % sein, und rd. 30 000 Kinder und Jugendliche auf unseren Strassen dahinvegetieren, kein Zuhause haben, kein Elternhaus, keine Ausbildung und keine Zukunft haben.

Ist das ein hinnehmbarer Zustand für ein soziales Land, das sich Sozialstaat nennt, jedoch immer noch unter Besatzungsrecht agiert und eine Nichtregierungsorganisation ist, womit sie ja völlig Recht haben?

Erklären Sie doch bitte den Bürgern, warum das weltweit einzige Militärgericht Großbritanniens im Sennelager bei Paderborn errichtet wurde. Und da heißt es, wir Engländer sind ja nur als Gast hier. – Entschuldigung, das ist ausgemachter Unsinn!

Muss das deutsche Volk es hinnehmen, dass Politiker eine Währung wie den EURO einführen, die gar keine Währung ist? Wie sonst befindet sich auf den Euro-Scheinen das „c im Kreis“, das Zeichen für das Urheberrecht!

Muss das deutsche Volk es hinnehmen, dass Politiker unser Land an die EU nahezu verhökert, es damit förmlich entmündigt und zum weiteren Vasallen von Pseudopolitikern in Brüssel macht, mit Verträgen, die selbst die Todesstrafe beinhalten?

Herr Gabriel, wenn sie von Demokratie sprechen, meinen wir sicherlich verschiedene Dinge damit. Für mich ist es nicht demokratisch, wenn Politiker Fehler von Banken

finanziell auf Kosten eines Volkes ausgleichen, statt diese Banker dafür in Regress zu nehmen.

Erklären sie doch auch bitte einmal der Bevölkerung, was denn die „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“ in Frankfurt am Main tatsächlich ist und was oder wer diese vorher war.

Erklären sie dem deutschen Volk bitte, wer die Bundesrepublik Deutschland Incorporation im Distrikt Washington DC ist und wer die 65 Gesellschafter sind.

Erklären sie bitte dem deutschen Volk, warum Herr Genscher in der 4+2-Konferenz 1990 lt. französischem Protokoll erklärte, es sei weder beabsichtigt Friedensgespräche zu führen noch Friedensverträge zu schließen.

Erklären sie bitte dem deutschen Volk, warum in der UN-Mitgliederliste die BRD und DDR gelöscht wurden und auf der Position 134, der früheren der DDR, nunmehr Germany eingetragen ist, daher die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als existent auffindbar ist.

Erklären Sie bitte dem deutschen Volk, warum es plötzlich die angebliche Staatsangehörigkeit der „Bundesrepublik Deutschland“ haben soll, nach einem Abstammungsgrundsatz des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (Ru)STAG 1913, obwohl es niemals ein (Ru)STAG 1913 gegeben hat und die Bundesrepublik Deutschland damit die Weiterführung der Gleichschaltungsgesetze Adolf Hitlers weiterführt. Das ist übrigens keine Ausnahme!

Herr Gabriel, man könnte diese Aufzählung endlos weiterführen, doch wie Sie sehen, muss man darüber sprechen und nicht den Bürger mundtot machen und für dumm erklären, die Zeiten sind einfach vorbei. Das Volk ist aufgeklärter!

Und wenn Sie weiterhin so handeln, wie Sie es jetzt mit Ihren Kollegen tun, provozieren Sie einen Bürgeraufstand, den Sie nie mehr in den Griff bekommen und dafür tragen weder die Pegida noch andere „Organisationen“ die Schuld.

„Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“, so heißt es doch wohl.

Wenn sie reden wollen, dann tun Sie es, und regen sie sich bitte nicht darüber auf, wenn man die Parlamente als Quasselbuden titulierte, denn letztendlich sind sie es ja auch, also fassen Sie es als konstruktive Kritik auf.

Es bleibt nur zu hoffen, dass Sie und Ihre Kollegen sich besinnen, da ansonsten die Befürchtung zu treffen ist, einer Zeit entgegen zu gehen, für die Ihnen nur noch die Flucht bleibt, sofern Sie dann noch die Gelegenheit dazu haben.

Und bitte, das ist keine Drohung, das ist eine Prognose, die völlig realistisch ist, sofern sich die Dinge in unserem Land weiter so entwickeln, wie sie derzeit bereits eskalieren.

Wenn der Justizminister Maas weiterhin äußert, es müssen die Staatsanwaltschaft und die Gerichte eingeschaltet werden, ist das eben die leidenschaftliche Lösung eines Juristen, der nur gelernt hat, Druck zu machen. Mit Herrn Maas hat sich die

Bundesregierung nun wirklich keinen Gefallen erwiesen, der Einsatz eines Psychologen für einen Großteil der Politiker wäre angebrachter und sicher wirkungsvoller.

Letztendlich wäre noch interessant zu erwähnen, dass Ihr Kollege De Maizière im Juli 2014 schriftlich vortragen ließ, die Bundesrepublik Deutschland sei ein Bundesstaat! Interessant – von wem oder von was denn, etwa der EU?

Da ich davon ausgehe von Ihnen keine Antwort zu erhalten, lege ich dieses Schreiben als Offenen Brief aus, denn Meinungsfreiheit zeichnet sich auch in der Öffentlichkeit aus, auch ohne Pegida.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Werner Ratnikow, bdfj